

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Ralf Brauksiepe, Hartwig Fischer (Göttingen), Dr. Maria Flachsbarth, Erich G. Fritz, Klaus-Jürgen Hedrich, Siegfried Helias, Volker Kauder, Jürgen Klimke, Rudolf Kraus, Dr. Conny Mayer (Freiburg), Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Peter Weiß (Emmendingen), Rainer Eppelmann, Dr. Egon Jüttner, Arnold Vaatz und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Schwellenländern intensivieren und straffen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Alle Analysen unabhängiger Forschungsinstitute, der Vereinten Nationen sowie der Weltbank zeigen, dass die Wohlstandsunterschiede nicht nur zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern zugenommen haben, sondern auch innerhalb dieser Ländergruppen und innerhalb der einzelnen Länder. Die Unterschiede im Entwicklungsstand in der „Dritten Welt“ haben in den zurückliegenden Dekaden stetig zugenommen. Neben den am wenigsten entwickelten Ländern hat sich eine Gruppe stärker entwickelter Länder herausgebildet, die durch wirtschaftlichen Erfolg und stetig zunehmende außenpolitische Bedeutung gekennzeichnet sind. Zu dieser – als Schwellenländer bezeichneten – Gruppe gehören zum Beispiel China, Indien, Südafrika und Brasilien.

Die beachtlichen wirtschaftlichen Erfolge in Schwellenländern und die Tatsache, dass einige Schwellenländer zunehmend selbst entwicklungspolitisch tätig werden, hat zu einer Diskussion geführt, ob die Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern eingestellt und die frei werdenden Ressourcen auf die ärmsten Entwicklungsländer konzentriert werden sollen. Bei einer differenzierten Betrachtung der Ländergruppe der Schwellenländer wird schnell deutlich, dass in diesen Ländern weiterhin auch eine große Zahl von Armen lebt. Weil sich unter den Schwellenländern auch die bevölkerungsreichsten der Erde befinden, lebt letztlich sogar die Mehrzahl der Armen in Schwellenländern. Die alleinige Betrachtung des wirtschaftlichen Potenzials und der außenpolitischen Bedeutung von Schwellenländern genügt als Kriterium für die Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen einer zukunftsorientierten Entwicklungspolitik nicht. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die Konzeption der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit nicht nach einem allgemeingültigen Strickmuster erfolgen kann, sondern maßgeschneidert an die spezifischen Situationen der Schwellenländer angepasst werden muss.

Deutschland und die Welt haben ein großes Interesse an einer nachhaltigen friedlichen Entwicklung in den Schwellenländern und deren regionalem Umfeld. Die Dynamik der Schwellenländer verändert die internationale Rollenverteilung und ist mit erheblichen Risiken verbunden, die auch von überregionaler wirtschafts-

außenwirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischer sowie ökologischer Relevanz sind. Zu diesen Veränderungen und Risiken zählen unter anderem:

- politische und kulturelle Umwälzungen;
- soziale Unruhen durch große Einkommens- und Entwicklungsunterschiede. „Erste“ und „Dritte“ Welt liegen dort dicht beieinander. Es ist dabei zu berücksichtigen, dass die absolute Zahl der Armen in den Schwellenländern bei weitem die der Armen in den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) übersteigt;
- Eigeninteressen der Länder als „neue Geber“ können, wie das Engagement Chinas in Argentinien, Simbabwe und im Sudan zeigt, sowohl den politischen Zielen als auch der Entwicklungszusammenarbeit der westlichen Staatengemeinschaft entgegenlaufen;
- wachsende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und für Metalle. Dadurch verknappen und verteuern sich diese Produkte mit erheblichen Konsequenzen für die am wenigsten entwickelten Länder der Welt, sofern sie keine Rohstoffproduzenten sind;
- die Gefährdung der Exportinteressen und damit der Entwicklungsperspektiven vieler Entwicklungsländer durch die zunehmende Marktmacht einzelner Schwellenländer im Welthandel;
- globale Umweltrisiken (Klimaveränderung, Luft-, Wasserverschmutzung, Rückgang der Biodiversität).

Was bedeutet dies für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Schwellenländern?

Es liegt im gemeinsamen Interesse, dass die Schwellenländer stabil bleiben, sich unter Lösung ihrer sozialen Probleme weiterentwickeln können und reibungslos in den globalisierten Markt, insbesondere den Finanzmarkt integriert werden. Zugleich ist es in deutschem Interesse, den Entwicklungsstand, den viele Schwellenländer erreicht haben, für die Erarbeitung gemeinsamer Problemlösungen, z. B. im Energie- und Gesundheitsbereich, insbesondere auch zum Wohle benachteiligter Entwicklungsländer zu nutzen. Die Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe zu verstärken, ist für uns ein wichtiges Ziel. Zudem entspricht es unserem Eigeninteresse, die Stellung unseres Landes in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zu stärken, Zukunftsmärkte zu sichern, langfristige Verbindungen aufzubauen und unsere Ideen und Normen z. B. der internationalen sozialen Marktwirtschaft offensiv einzubringen. Dazu ist aber auch eine strategisch orientierte und koordinierte Aufstellung der Bundesregierung erforderlich. Das bisher praktizierte isolierte Handeln der Ressorts, in dem bestenfalls über die Aktivitäten der anderen informiert wird, in dem es aber keine Absprachen gibt, können wir uns nicht länger leisten. Die Partner wollen mit Deutschland zusammenarbeiten. Wir aber bieten ihnen institutionelle Kleinstaaterei.

Bei der Armutsbekämpfung müssen die Schwellenländer aber auch in die Pflicht genommen werden, selbst Initiativen zu ergreifen und geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Zur Unterstützung der Armutsbekämpfung in Schwellenländern ist das fortgesetzte Engagement von Nichtregierungs- und karitativen Organisationen unverzichtbar. Staatliche Zusammenarbeit durch Wissenstransfer und Beratung ist dann geboten, wenn ein substanzieller Beitrag des Partners und eine hinreichende Signifikanz des deutschen Beitrags gegeben sind. Die Zusammenarbeit muss weg von der Gießkanne und hin zu einer sektoralen Schwerpunktsetzung. Die bisher noch zu oft praktizierte Finanzierung von Einzelmaßnahmen in den Bereichen der Armutsbekämpfung oder des Umweltmanagements nach dem Gießkannenprinzip wird den Herausforderungen nicht gerecht.

Gegen einen Ausstieg aus der Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern spricht auch, dass diese eine nicht zu unterschätzende Stabilisierungsfunktion auf andere weniger entwickelte Länder in ihrer Region entfalten können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern so umzugestalten, dass

1. die Zusammenarbeit der dabei beteiligten Ressorts strategisch koordiniert auf Grundlage gemeinsam abgestimmter Länderstrategien erfolgt und dabei

- die Wirksamkeit der deutschen Zusammenarbeit durch eine stärkere sektorale und regionale Konzentration (z. B. Ebene der Bundesstaaten in Indien und Brasilien) und Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Institutionen in Deutschland (Schnittstellen zwischen BMZ mit AA, BMU, BMWA, BMJ, aber auch GTZ, KfW, DEG, InWEnt) zu erhöhen;
- die Vergabe von Zuschüssen nur im Ausnahmefall erfolgt und nur für Kooperationsfelder, an denen auch Deutschland ein hohes Interesse hat;
- sich die Zusammenarbeit auf eine maßgeschneiderte Kreditvergabe (Verbundfinanzierung, Zinssubventionen), entwicklungspolitische Wirtschaftskooperation, Wissenschaftsaustausch und Beratung konzentriert und ein maximaler – im Zeitablauf steigender – Partnerbeitrag bei der Finanzierung der Zusammenarbeit erreicht wird;
- Geld gespart wird durch bessere, qualitativere Zusammenarbeit und den effizienteren Einsatz von Mitteln. Ein Beispiel ist die entwicklungspolitische Wirtschaftskooperation. Dadurch wird eine Geländerfunktion der Entwicklungspolitik, insbesondere für Mittelständler erreicht, die zu einer Steigerung der Wirtschaftsdynamik zum gegenseitigen Nutzen führt. Gleichzeitig wird die Verschlanung der Strukturen, ergänzt durch Maßnahmen zum Bürokratieabbau, dazu beitragen, Kosten zu sparen;

2. strategische Partnerschaften zur Lösung gemeinsamer Probleme angebahnt werden und dabei

- zur Entschärfung sozialer Sprengsätze und Umweltrisiken Maßnahmen zum Aufbau einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu unterstützen. Zum Aufbau eines soliden marktwirtschaftlichen Systems müssen rechtliche Rahmenbedingungen weiter ausgebaut bzw. erst neu geschaffen werden (z. B. Rechtsstaatsdialog, Eigentumsrechte, Stärkung belastbarer Finanz- und Kapitalmärkte, Arbeitsschutz, soziale Sicherungssysteme im Bereich Gesundheit und Renten, Korruptionsbekämpfung, Umweltschutz);
- die Wissenschaftskooperation (z. B. Energie, Klimaschutz, Umweltzerstörung, Schutz der Biodiversität) intensiviert wird. Dabei sollen insbesondere auch die Instrumente der Hochschulkooperation, des Graduierten- und Hochschullehreraustauschs und der beruflichen Bildung intensiviert werden;
- die Wirtschaftskooperation, insbesondere über die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) und das Instrument der öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP) auch im Hinblick auf eine angemessene deutsche Marktpositionierung zu verstärken;
- im Hinblick auf die gestiegene wirtschaftliche Bedeutung die Einbeziehung der Schwellenländer in multilaterale Handels- und Umweltmechanismen (WTO, Kyoto-Protokoll) voranzutreiben und diese bei der Umsetzung der daraus folgenden Maßnahmen zu unterstützen;

- die Entwicklung gemeinsam wirksamer Ansätze zur Gefahrenabwehr (Drogen, Migration, organisierte Kriminalität, Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen) zu thematisieren und in der Zusammenarbeit aufzugreifen;
  - die Auswärtige Kulturpolitik auszubauen und den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu verstärken;
3. die Armutsbekämpfung in Schwellenländern weiterhin ein wichtiges Thema bleibt und dabei
- der Politikdialog und die Beratung der Partner darauf abzielen, eigene Ressourcen zur Armutsbekämpfung bereitzustellen und armutsmindernde Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Erreichen der Millennium Development Goals auch in diesen Ländern ermöglichen;
  - Vorhaben der Armutsbekämpfung so zu gestalten, dass durch räumliche und thematische Konzentration eine hohe Signifikanz erreicht und durch ein hohes Partnerengagement die Nachhaltigkeit gesichert wird;
  - die Beratung und Unterstützung bei der unmittelbaren Armutsbekämpfung sowie der Förderung der Zivilgesellschaft und Demokratiebestrebungen (wo notwendig) vorwiegend über Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen fortgeführt wird;
4. gemeinsame Strategien zur Unterstützung der ärmsten Entwicklungsländer entwickelt werden und dazu

der auf Geberkoordinierung zielende entwicklungspolitische Dialog mit jenen Schwellenländern, die zu den Gebern von Entwicklungshilfe zählen, dahin gehend intensiviert wird, diese harmonisch in die weltweiten Entwicklungsanstrengungen einzubinden. Dabei müssen auch die Potenziale für entwicklungspolitische Kooperationen mit Schwellenländern zum Nutzen von weniger entwickelten Ländern ausgebaut werden. Der Politikdialog muss auch dahin gehend intensiviert werden, dass diese in ihrer Außenkooperation nicht die Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Ländern konterkarieren.

Berlin, den 19. April 2005

**Dr. Christian Ruck**  
**Dr. Ralf Brauksiepe**  
**Hartwig Fischer (Göttingen)**  
**Dr. Maria Flachsbarth**  
**Erich G. Fritz**  
**Klaus-Jürgen Hedrich**  
**Siegfried Helias**  
**Volker Kauder**  
**Jürgen Klimke**  
**Rudolf Kraus**  
**Dr. Conny Mayer (Freiburg)**  
**Sibylle Pfeiffer**  
**Christa Reichard (Dresden)**  
**Peter Weiß (Emmendingen)**  
**Rainer Eppelmann**  
**Dr. Egon Jüttner**  
**Arnold Vaatz**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**